



Herr Benedikt Würth
Kommission für Wissenschaft, Bildung und
Kultur

Per Mail:
vernehmlassungen@sbfi.admin.ch

Bern, 6. Februar 2023

Vernehmlassungsantwort zum Horizon-Fonds-Gesetz

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) will einen Horizon-Fonds schaffen, um die für die Schweizer Beteiligung am Horizon-Paket 2021-2027 verpflichteten Mittel für die Forschungs- und Innovationsförderung zu sichern. Der von der WBK-SR am 17. Oktober 2022 verabschiedete Vorentwurf zur Umsetzung der Standesinitiativen von Basel-Landschaft (21.327) und Basel-Stadt (21.328) sieht ein Bundesgesetz über einen Fonds zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Exzellenz in Forschung und Innovation vor (Horizon-Fonds). Die Schaffung dieses Fonds wird vorgeschlagen, weil das Anliegen der Standesinitiativen, die Vollasoziiierung an die Massnahmen der EU im Bereich Forschung und Innovation; namentlich an Horizon Europe, zurzeit nicht erreicht werden kann. Ziel des Horizon-Fonds ist die bessere Absicherung der Mittel, welche für den Pflichtbeitrag der Schweiz am aktuell laufenden Horizon Europe Programm eingestellt werden. Der Fonds soll jährlich vom Parlament geäuft werden. Er soll befristet werden und nur so lange laufen, als die Schweiz sich nicht am gesamten Forschungsprogramm der EU beteiligen kann. Das Bundesgesetz soll die konkrete Ausgestaltung des Fonds und namentlich die Entnahmemöglichkeiten regeln.

Dieses Vorgehen begrüsst die EVP ausdrücklich. Die Nicht-Assoziierung der Schweiz am europäischen Rahmenprogramm für Forschungs- und Innovation «Horizon Europe» schadet dem hiesigen Forschungs- und Innovationsstandort. Sie bedeutet ein erheblicher Projekt-, Netzwerk- und Reputationsverlust. Die kompensatorischen Massnahmen des Bundes können diese Nachteile nur teilweise abfedern. So begrüssen wir den Entscheid, den Schweizer Beitrag der an Horizon Europe reservierten Mittel, für den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz zu sichern. Der aktuelle Drittlandstatus der Schweiz bringt das grosse Risiko einer nachhaltigen Schwächung des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz mit sich. Nebst dem kompletten Ausschluss aus Programmteilen und der teilweise verminderten Teilnahmemöglichkeiten, führt auch die generelle Verunsicherung über den aktuellen Status und die verbliebenen Beteiligungsmöglichkeiten bei potenziellen Projektpartnern aus EU und vollasoziierten Staaten zu einem Attraktivitätsverlust von Forschenden und Innovationstreibenden aus der Schweiz.

Die für das Horizon Paket vorgesehenen Mittel dem BFI-Bereich zu erhalten, ist für die Qualität, Stärke und internationale Vernetzung des künftigen Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz wichtig. Für die

EVP soll die Vollasoziiierung an Horizon Europe ein Fokus der schweizerischen Forschungspolitik bleiben. So befürwortet die EVP deshalb das Festhalten am primären Ziel der Vollasoziiierung an «Horizon Europe». In dieser Situation braucht es einen konsistenten und transparenten Finanzierungs- und Förderrahmen, um das Vertrauen in den Forschungs- und Innovationsplatz und dessen Attraktivität und Zukunftsfähigkeit zu sichern. Der vorgeschlagene Horizon-Fonds hat das Potenzial kurz- und eventuell mittelfristig einen solchen Rahmen zu schaffen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz



Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz